

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

14 (19.1.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Verleger:
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familientisch“**.

Verleger:
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Reklame oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an.
Reklamation und Geschäftsstelle: Albrechtstr. Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Druck- und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Albrechtstr. 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wehler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

Kassenjammersinnung.

Der „Grenzboten“, das liberale Blatt in Wehrloch, hat das Geschick, recht oft das entsetzliche der national-liberalen Partei zu spielen; es ist im „Bad. Beobachter“ schon vor einiger Zeit einmal nachgewiesen worden, daß der Verleger und Redakteur dieselben vor nicht langer Zeit noch zu den Sozialdemokraten hielt. Das erklärt manches.

Interessant für den kommenden Wahlkampf sind 3. B. folgende feile Sätze aus seiner neuesten Nummer (Nr. 8 vom 16. Januar):

„Nachlaß und Abfall sei das gleiche. Warum denn immer die irdischen Dinge besteuern. Wenn einer einen Nachlaß übernimmt, so sei das zwar eine freudige Sache, aber ein Abfall sei auch ganz schön.“

Der „Grenzboten“ wünscht also eine Besteuerung der Abfälle. Das ist ein hartes Stück, aber nicht verurteilbar von einem Manne, der von der katholischen Kirche abgefallen ist. Der „Grenzboten“ erscheint für einen fast ganz katholischen Bezirk. Wie legen auch diese Leistung dieselben zu jenen vielen anderen deselben Blattes, die für jeden beweisen, daß der katholische Geistliche mitunter im Gewissen verpfändet ist, gegen gewisse liberale Blätter, nicht aus politischen, aber aus religiösen Gründen, auch auf der Kasse entschieden aufzutreten.

Die alte, nicht rosende Liebe zur Sozialdemokratie macht es begreiflich, daß der Verleger und Redakteur des „Grenzboten“ an die neueste Reichs-Schwärzung Obliegenheiten nur mit tränenreichen Augen denken mag; er drückt ebenfalls in Nr. 8 eine lange Mißbilligung des „Berl. Tageblattes“ gegen die „berühmte Reaktion“ Obdrückers zustimmend ab und bemerkt dann aus Eigenem:

„Als damals die Wahl Obdrückers zum Reichstags-Deputierten wurde, da ging es wie ein heißer Sand durch die Liberalen. Obdrücker, der radikale Gegner des Zentrums, der freigeistliche Mann! Und heute! Eine Art Kassenjammersinnung überkommt einen. (1) Wenn man das eifrige Bemühen der Partei-Organisation zu verwerfen. Also politische Selbstmordgedanken, ungesund. Wohin soll das führen. Das Reich, welches im Übermaß und besonders im Zentrum mehr Vertiefung in demokratische, liberale Ideen, Schmeißt nach möglichst großer politischer Freiheit im Gefühl der immer mehr reifen politischen Erkenntnis und eben solchen Intelligenz dieser Parteien und anglichsche Verfassung, Regierungspartei zu sein im schlechten Sinne. Denn letzteres wäre ja schließlich im besten Sinne zum Wohle des Volkes und im letzten Grunde geht die liberale Politik ja darauf hinaus, regierungsfähig zu sein und zu bleiben, aber das sollte in dem Sinne sein, daß man sojeds auch in den Willensbedingungen der Regierung erkennt. Statt dessen erkennt man das

Gegenteil. Die liberale Politik der letzten Jahre beginnt zu erblaffen, trotz der Fußstapfen, in die man treten wollte. Kaiserliche Sozialistenfurcht überwiegt fähle Ueberlegung. Kenglichches Uebersehen, wo man sich anklammern kann und mit Schaudern sieht man sich dem mit offenen Armen bereitstehenden höhnisch blingelnden Zentrum gegenüber. Und man will doch nicht. Und will aber auch dem liberalen Geiste nicht wie bisher weitere Konzeptionen machen, denn wohin sollte das führen. Verwirrung, Schwäche und Unentschiedenheit. Da wäre es eine befreiende Tat, wenn der gesamte Liberalismus hier in entscheidender Weise klaren Tsch machen wollte. Dazu aber ist Einigkeit notwendig, aber nicht nur auf Kosten der Kleinen.“

Der Stil ist zwar etwas holperig; allein grobe Sprachfehler sind das gewöhnliche Kennzeichen des Wehrlocher Vertreters der Partei der „Bildung“. Aber abgesehen davon, möchte man da wieder einmal „krähen von Berggründen“, wenn man das liest. Es ist noch kein Jahr her, seitdem derselbe „Grenzboten“ demselben Obdrücker als „einen der größten und erfolgreichsten Politiker Süddeutschlands“ feierte, und heute schon verdonnert derselbe „Grenzboten“ denselben Obdrücker mit den angeführten Worten so gründlich „in den Erdsgrundsboden“ hinunter, wie das wohl noch nie einem Parteiführer von einem Blatte der eigenen Partei widerfahren ist.

Zur Sache ist zu bemerken: Es ist ganz unrichtig, wenn der „Grenzboten“ dem Volke des Oberlandes besonders radikale Meinungen zuschreibt; allerdings gibt es vielfach solche Liberale, die nach dem liberal-sozialdemokratischen Bündnisse die „Sozialistenfurcht“ recht gründlich abgefreit haben. Befürworter von liberalen Herren kann man da oben die Versicherung hören, sie seien nicht national-liberal, sondern einfach „liberal“. Das ist ein Reizwort, wie sehr das Ansehen der national-liberalen Partei vielfach verläßt ist. Dagegen gibt es auch viele, die bisher national-liberal waren, aber seit dem Bündnisse mit der Sozialdemokratie, das durch die radikal-regierten liberalen Zeitungen hier oben stets warm gehalten wurde, nicht mehr mitmachen werden.

Die national-liberale Partei hat demnach hier oben bedeutend an Ansehen eingebüßt; ihre radikalen und gemäßigten Anhänger sind auf gleiche Weise verärgert; nur jene halten noch fest, die „nach oben“ schielen, nach dem Amtmann. Der „Grenzboten“ schimpft zwar arg auf Obdrücker, weil dieser „ängstlich besorgt“ ist, „ja mit der Regierung nicht zu verderben“. Allein wenn im Spätjahre die Regierungsbereiter nicht wieder so eifrig und „selbstlos“ arbeiten wie das letzmal (Korn und Viehnehl), dann ist der Bezirk Wehrloch-Stodach für die Liberalen schon im ersten Aufgange so sicher verloren, wie zwei mal zwei gleich vier ist.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar 1909.

Die Radikalfuror im preussischen Abgeordnetenhaus. Am 13. Januar wurde im preussischen Abgeordnetenhaus die Interpellation Kören über die Berliner Schönheitsabende verhandelt, in denen sich ein Frauenzimmer, namens Desmond, in und ohne Tricot als Tänzerin produzierte. Bekanntlich dauerte es sehr lange, bis sich die Polizei dazu verband, diese öffentlichen Aufführungen, die allem Schamgefühl und aller guten Sitte Hohn sprachen, zu verbieten, wobei man aber die privaten Veranstaltungen ruhig bestehen ließ. Die „Germania“ berichtet über die Interpellation u. a.:

„Mit zwingender Logik charakterisierte Kören das Wesen des Radikalismus; immer unbehaglicher wurden seine Darlegungen dem Minister des Innern. Zu nervöser Berlegenheit führt dessen Hand über das barlose Gesicht. Ungehindert blättert er in seinem Material, als daure es ihm so lange, bis er endlich einmal ein Wort zu seiner Verteidigung sagen könne. Die Angriffe Körens bereiten ihm ersticklich physischen Unbehagen. Endlich schließt dieser unter dem spontanen Beifall des ganzen Hauses. Minister v. Rolke erhob sich in seiner ganzen Größe, — aber jetzt fand ein Minister weniger Anlauf mit dem, was er sagte. Ironische Juriste, helles Aufsehen befehrten ihn, daß dem Hause für sein passives Verhalten gegen den Anflug des Radikalismus jedes Verständnis fehlte. Die Darlegung seines „persönlichen“ Standpunktes wurde mit einem Bravo voll blutiger Ironie aufgenommen. Wie deplaziert seine akademische Auseinandersetzung über Kunst und Schönheit sei, das mußte er wohl selbst empfinden; denn hier wurde seine „Vorlesung“ noch um einige Nuancen monotoner. Jeden Zweifel an seiner Wiederbegehrung beseitigte dann der der konservativen Abg. Henning, dessen tieferste Ausführungen sogar den sonst von den Konservativen der Staatsregierung gegenüber so ängstlich gehüteten Ton der Verbindlichkeit in auffallendster Weise vernichten lassen. In kurzer, eindringlicher Weise sprachen noch die Abgg. Dr. Lohmann (natl.) und Mertin.“

Das Schlussresultat war ein Sieg der allgemeinen Anschauungen, welche Kören vorgetragen hatte. Was der Minister darüber ausführte, daß die Polizei nicht alles machen könne auf diesem Gebiete, kann man ruhig unterschreiben, und dabei trotzdem der Ueberzeugung sein, daß die Berliner Polizei unverantwortlich lang sich belagert hat, bevor sie einschritt. Der konservativ-abgeordnete Henning ließ durchblicken, die Polizei wäre etwas rücker bei der Hand gewesen, wenn diese Radikalfuror nicht so viele Anhänger in den hohen Kreisen hätte. Dagegen ver-

wahrte sich der Minister, aber ein Konservativer überlegt es sich zweimal, bis er so etwas sagt; und etwas ist daran.

Während dieser Verhandlung saß das Fräulein Desmond auf der Zuhörertribüne — eine Kasse auf der Brust — umgeben von einem Kranz von jüngeren schwärmerisch aussehenden Herren. Sie hörte alles lächelnd an; die stärksten Ausdrücke gegen ihre Radikalfuror schienen sie eher zu belustigen, als zu entrichten. Trotzdem hielt sie bezw. ihr Manager es nachher für gut — wohl im Interesse der Reklame — sich zu entrichten und den Herrn Kören mit einem Rechtsanwalt zu behelligen. In einem Schreiben wendet sich ihr Rechtsbeistand Dr. Treibel an den Abgeordneten Kören. In dem Schreiben wird über Angriffe auf ihre Ehre geklagt. Sie fordert den Abgeordneten Kören auf, möglichst bald von der Tribüne des Parlaments herab ihre Ehre wiederherzustellen oder aber die Vorwürfe außerhalb des Abgeordnetenhauses zu wiederholen, damit sie den Gehör der Gesetze in Anspruch nehmen könne. Abg. Kören hat an Rechtsanwalt Dr. Treibel folgendes Antwortschreiben gerichtet: „Auf Ihr gefälliges Schreiben erwidere ich ergebenst, daß ich es ablehne, mit Ihrer Mandantin Olga Desmond direkt oder indirekt über meine parlamentarische Tätigkeit mich in eine Korrespondenz einzulassen. Hochachtung Kören.“

Wanz richtig. Es ist übrigens auch gar kein Grund vorhanden, daß sich die Olga Desmond gerade an Kören wendet. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ richtig bemerkt, haben andere Abgeordnete gerade so starke Ausdrücke gegen Olga und ihre Kunst gebraucht. Aber so etwas rechnet mit dem Bildungsspiegel. Und bei diesem zieht es besser, wenn man einen „Ultramontanen“ mit dem Pratschspiel liest.

Die kassische Wahlrechtsreform. Der Bericht der verklärten Wahlrechtsdeputation der ersten Kammer ist erschienen. Danach wird die zweite Kammer aus 91 Abgeordneten gebildet, die alle sechs Jahre neu zu wählen sind. Die Wahl erfolgt geheim und direkt, jeder Wähler erhält eine Grundstimme, sowie nach Besitz und Bildung eine 2., 3. und 4. Pluralstimme. Wer das 50. Lebensjahr vollendet hat, erhält eine Zusatzstimme. Mehr als vier Stimmen darf kein Wähler erhalten. Der Bericht wird das Plenum der ersten Kammer am Mittwoch beschäftigen.

Ausland.

Schweiz.

× Die Boykottbewegung. Der „Eclair“ meldet aus Bern: Die Boykott-Bewegung macht schnelle Fortschritte. Das Komitee der Handelsbörsen hat eine Zuschrift aus Mannheim erhalten mit der Bitte,

unserer Hofoper in mit Hausmannstreiben von loichem Holze nicht gedient. Sie braucht fertige, reife Klavier, Felder, die als Helben auftreten. Der junge Gast sah aus wie ein tapferer Soldat in Frauenleiden. Im Brautgemach sah man zwei Damen über süße Diste und verwandte Dinge plaudern. Herr Schwänder hat solches Temperament. Es war, als ärgerte sich Tetamund darüber, daß sein Baryton nicht besser trägt. Fräulein v. Nappe hat man in aller Stille enagiert. Seit ihrem Gastspiel ist nichts besser, aber manches ärger gemorden. Stimme und Erscheinung sind ohne sonderlichen Reiz, jeder Ton wird gleichsam feierlich beteuert. Der Opernführer des Herrn Helovirt-Pel führte sein Communique in den blonden Ansbach. Herr Schall empfing eine vorübergehende Ovation. Man gab ihm zu verstehen, daß er Besseres gewohnt und zu Besseren berufen ist.

Literarisches.

„Wenn der „Simplicissimus“ auf die Bühne steigt.“ Von Dr. Otto von Erlbach. Mit diesem Schlager eröffnet die „Allgemeine Rundschau“ (Wochenchrift für Politik und Kultur, Herausgeber und Verleger Dr. Armin Kaufe in München, Quartalspreis M. 2.40) ihre soeben erschienenen Heft Nr. 3. Die sensationelle Enthüllung Ein „Dunkler Schatten“ oder „Dr. Nikolaus Heim“ als Sagiograph. III. Von Vater Hildebrand Wilmeyer O. S. B., Herausgeber des soziographischen Jahresberichtes, wird in ihrer dritten Fortsetzung noch romanhafter, so daß man mit begehrlischer Spannung dem Schlusssatz entgegenzusehen wird. Aus dem übrigen Inhalt sei folgendes erwähnt: Ein Wiener Zeitungsjournal. Von Chefredakteur Franz Gardt. — Die Jahresansprache des Kaisers. Das Märchen von der Zentrumsverschwörung. Zur „Waldantess“. (Waldantess) Von Frau Hildebrand. — Wieras und Widmung. Von Dr. Michael Herberich. — Ein Buch von der jüdischen Seele. Von Dr. F. Hofner. — Abschied. Von G. Trautlich. — Die deutsche Standardausgabe Daniels. Von Dr. G. Krapp. — Ernst Theodor. „De profundis“. Von B. M. Steinmetz. — Winterkimmungsbericht. Von Hans Besold. — Die „reformierte“ sexuelle Moral. Von Franz Wehler. — Die unierten Bulgaren und ihre Habsburger. Von Marie Amelie Frein von Gobin. — Aus ungedruckten Briefblättern: Hohe Politik. Deutsche Treue. (Georg Heyd-lamp). — Bühnen- und Musiknachrichten. Von L. G. Oberländer. — Finanz- und Handelsnachrichten. Von R. Weber. — Probenummern werden vom Verleger an jedermann gratis verschickt.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Breisgau). Der Hochwürdigste Herr Erzbischof, der zu den Erzdiözesen nach Freiburg geschickt ist, hat einen kurzen Besuch in Heide gemacht.

In Weizen haben 22 Priester Erzdiözesen gemacht; darunter 9 aus der Erzdiözese Freiburg.

Oberweiden. Ueber zwölf Jahre war Herr Pfarrer Wexler, dessen Weisheit am Freitag unter großer Beteiligung katholischer, der Gemeindefreunden ein treuer, gewinnvoller Seelsorger, der nicht anders dachte, als die Ehre Gottes und das zeitliche und ewige Heil der ihm anvertrauten Seelen. In der eben vollendeten Rekonstruktion der Pfarrkirche hat er sich ein bleibendes Denkmal gesetzt. Da der Verewigte zugleich Leiter der vielbesuchten Volkshochschule auf dem Hörnleberg war, so machte er sich durch sein eifriges Wirken auch in der weiten Umgegend bekannt. Unter ihm hat die genannte Volkshochschule einen bedeutenden Aufschwung genommen. Ganze Jahre verweilte er die 1800 Katholiken zählende Pfarrei mit Niederweiden und Hohenberg allein und holte sich bei dieser unermüdeten Arbeit, in der er seine Schöpfung für sich nannte, sehr wahrheitsgemäß den Reim zu seiner Krankheit (Nervenleiden), an der er schon mehrere Jahre litt, und für die er vergebens Heilung suchte. Zeit Herbst trat das Leiden immer hartnäckiger auf, bis man in den letzten Weihnachtsagen sich sagen mußte, es ist kaum mehr Rettung möglich. Am 19. Januar hatte er sein 48. Lebensjahr vollendet.

Witten. In zählt etwas über 10000 Einwohner, davon sind rund 8000 katholisch und 2000 protestantisch. Aus dem gemischten Ehen gingen im abgelaufenen Jahre 42 Kinder hervor: 23 wurden katholisch, 19 protestantisch getauft, während entsprechend dem Verhältnis der Einwohnerzahl 1 zu 4 auf die protestantische Seite hätten fallen sollen 8 (genau 8,4) Kinder aus gemischten Ehen, waren es in Wirklichkeit 11 mehr, nämlich 19. Schlicht abgemittelt haben wir Katholiken: fast 34 Kinder aus gemischten Ehen (33,6) waren es nur 23 Kinder, die katholisch getauft wurden. Im Jahre 1907 waren aus Misch-ehen 25 katholisch und 23 protestantisch getauft. Viele Zahlen beweisen am besten, welchen Schaden die Misch-ehen der katholischen Kirche Wadens zufügen.

Der Erzbischof von München hat einen Hirten-brief erlassen, der einträglich vor der „Konkordanz“ und Freirechtbewegung warnt, die in München ihren Hauptsitz hat, mit strapaziösen Mitteln arbeitet und von einer Presse unterstützt wird, die sich den antikirchlichen Bestrebungen bedingungslos verleiht. Der zweite Teil des Hirtenbriefes wendet sich gegen die Ueberhandnahme der Gewerkschaft und des Vaters der Konkordanz. Das Väter der Unzucht auf der Gasse, auf öffentlichen Plätzen, in jeder-

manh zugänglichen Schaukelungen macht sich breit in Schaustellungen, und zwar unter dem Schutzmantel der Kunst. Die Schaustellung öffentlichen freien Treibens wagt sich unter den Augen der arbeitslosen Jugend hin. Der Oberhirte fordert auf zum ersten Kampf für die heiligen Güter der christlichen Ekklesiastik, zum Kampf gegen die sittenlosen Aufführungen in leidenschaftlichen Schauvielführern, die Unzuchtstheater, die Unzüchtigkeit in Zeilungen. Edle Menschenfreunde haben sich in gemeinlichem Bund zur Bekämpfung der öffentlichen Unzüchtigkeit zusammengeschlossen; abm ihr Beispiel soweit als möglich nach.

Wenn hier Monismus, Freirechtismus und Unzüchtigkeit unter einem behandelt werden, so hängt es damit zusammen, daß, wo die Masse durch Monismus und Freirechtismus den Glauben an das Uebernatürliche verliert, die Unzüchtigkeit alsbald ihren Eingang findet. Das ist nun einmal so, so sehr sich auch Monisten und Freirechter dagegen wehren.

Wohnum. Zur Gründung einer Niederlassung der barmherzigen Schwestern sollte die Gewerkschaft „Katholiken“ der katholischen Gemeinde Gerthe ein Haus zur Verfügung.

Theater, Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 19. Januar 1909

Groß. Hoftheater. Ueber Eudermann und speziell über seine „Schmetterlingskutsch“ haben wir die Älften längst gelächelt; legiere gehört nicht zu dem besten, was er geschrieben. Die Aufführung des merkwürdigen Stückes ging im großen und ganzen glatt vorüber.

Am Samstag beendete unser Gast, Herr van Hooy, als „Botan“ in der „Walfüre“ sein Gastspiel. Es war wieder eine bedeutende Leistung, die Stimme, die noch der unteren Lage einen raubigen, herben Klang angenommen, ist in der Walfüre und oberen Lage voll Wohlklang und Kraft, er machte aus dem Wort nicht nur den Reiz „sinnenden“, sondern verlieh ihm, besonders beim Abschied von Bräutlingen, auch wüßere Gefühle; die übrige Besetzung war die frühere, der Verlauf ein glänzender.

Vorgestern Sonntag hatten wir „Mignon“ mit Jeanine Saccur in der Titelpartie, sie wußte diesen sonderbaren Wesen recht liebenswürdig, sympathische Züge zu verleihen, sang warm und innig und entlozichte sich auch der kolorierten Stellen ihrer gelanglichen Aufgabe als tüchtige Künstlerin; die Darstellung war durch-

dacht und voll Temperament. Frau Kallenier war gut bei Stimme, sang und spielte als „Philine“ vorzüglich, sie schlang sich mit Grazie durch das Notengemisch ihrer lei-Schweser leichten Partie. Für Herrn Jachlanker, der wieder einmal abgeholt, sprang der Reiz bereit und wie veranderte Herr Vuisard ein und führte den „Wilhelm“ künstlerisch und sicher durch. Die übrige Besetzung gibt keinen Anlaß zu besonderer Besprechung. Herr Hoftheaterleiter Lorenz führte die Aufführung mit Sicherheit und Schöpfung durch.

Ueber die „Mischen und Wirkungen“ der häufigen Abgaben seitens unserer Herren Leude und die vielen Unannehmlichkeiten, die dadurch dem Hoftheater, das ihnen doch so viel Entgegenkommen zeit, entstehen, werden wir demnach in einem besonderen Artikel berichten und unsere Ansicht frei aussprechen.

von Stecken.

Koncert des Hoforchesters zum Besten der Notleidenden in Südtal. Das reue Interesse, das sich in den Kreisen unserer Musikfreunde für das am Donnerstag den 21. Januar im Hoftheater stattfindende Konzert zeit, beweist, daß der hochberzige Entschluß der M. Lieber des Großh. Hoforchesters, ihre Kunst in den Dienst der Hilfsaktion für Italien zu stellen, dankbare Anerkennung findet. Einen besonderen Reiz erhält das Konzert durch die gütige Mitwirkung des Herrn Kammer-sänger H. Jachlanker und des Herrn Hofopernsängers Karl Traun aus Wiesbaden. Der junge Sängler gilt für einen der besten ersten Bassen, die Deutschland zur Zeit hat, und hat seinen prächtigen Stimmmaterial wegen überall aussergewöhnliches Aufsehen erregt.

Wäge der Umstand, daß durch den Verlust des interessanten Konzerts gleichzeitig ein Beitrag zur Vinderung der Not in Südtalien geleistet wird, beweisen, daß das Großh. Hoforchester am Donnerstag vor einem ausverkauften Hause spielt.

*

Eine feine Kritik. Ein Wiener Blatt schreibt: Vor schwach dekoriertem Hofe gab man im Hofoperntheater einen „Kohengrin“ für ermäßigte Ansprüche. „Zoenrin“ war aus Mannheim gekommen und ließ Fritz Vogelstrom, „Telramund“, ein Herr Schützen-dorf, ist sonst in Lüßeldorf zu Hause. Der Mitter vom Hof wäre nicht so fitel, für Glanz und Wonne eines mittleren Hoftheaters wahrscheinlich wie geschaffen.

gegen die Boykottbewegung einzuschreiten. Man hofft auf eine baldige Einigung mit Deutschland. Der Schweizerische Bundesrat warke auf den neuen französischen Vorkriegs und will nicht gleichzeitig einen Weltkrieg mit Deutschland und Frankreich beginnen. Sollte ein Weltkrieg mit Frankreich ausbrechen, dann würde die Schweiz aus der lateinischen Union ausscheiden.

Die Kollennahmen ergeben für die zehn ersten Tage des Januar 1909 eine Verminderung von Fr. 461 000 gegenüber der gleichen Zeit im Januar 1908.

Oesterreich-Ungarn.

○ **Schiedsgerichtsvertrag.** Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten wurde am 15. d. M. unterzeichnet.

Italien.

○ **Ein Gegenstand zur Verhaftung des Aleris.** Aus Rom wird dem „Luz. Vaterland“ geschrieben: Die Hauptarbeit für die Erdbengeschädigten ist getan — so denken unsere Minister und nehmen trotz der militärischen Gewalt Herrschaft und anderer Desorganisation U. L. A. U. Der Ministerpräsident rief sich 14 Tage lang aus, Herr Tittoni geht nach der Schweiz. Das Land sieht mit Betrübnis, wie jetzt schon die leitenden Männer vom Schauplatz der Politik abtreten, denn bessere Direktive läte noi.

○ **Standaloes vom Erdbenggebiet.** Die tabifale „Vita“ schreibt, das italienische „Rote Kreuz“ habe anlässlich der Erdbengkatastrophe gänzlich falliert. Sein Hospitalschiff habe „keine Binden, keine Wäsche, keine Kompressen, kein Chloroform, kein Sterilisationsmittel, überhaupt nichts“ an Bord gehabt. Der berühmte Chirurg Mazzoni, der Operationen auf dem Schiffe ausführen wollte, habe geweint, denn er sah sich überall bedrängt. Bezüglich der Landambulanz, meint das gleiche Blatt, genüge der beschränkte Hinweis, daß freiwillige Rettungskorps aus den kleinften Städten Italiens dem „Rote Kreuz“ mit Material ausbleiben mußten. Die schweren Mängel hätten nicht nur den Verwundeten die größten Schmerzen verursacht, sondern auch das gänzliche Verlegen bei einer Kriegsereignisart erwiesen. In der Kammer wird diese Desorganisation zur Sprache kommen. (Was blieb bei diesem Standal dem Marineminister anders übrig, als auf die Geistlichen einzuzufolgen, als hätten sie ihre Pflicht nicht getan! Der alte Spitzbubentrick: Galtet den Dieb!)

Im Jahre 1791 wurde Kalabrien von einem heftigen Erdben heimgesucht, das 38 Städte und Dörfer in Trümmer legte. Da aber das bourbonische Regime von damals mit unerbittlicher Strenge die empfindliche Banart forderte, gab es nur 15 Tote. Als Kalabrien an das geeinte Italien kam, war das straffe Regiment zu Ende, es wurden „Katastrophenhäuser“ gebaut, eines höher als das andere.

Balkanstaaten.

○ **Zur Lage auf dem Balkan.** Die Blätter melden neuerdings, daß Bulgarien wieder ernste Mühsungen betreibe und die Bandenbewegung in Monastir und Janina wieder begonnen hat. — Die Gerüchte, daß Fürst Ristita von Montenegro dem Thron entsagen wolle, sind unbegründet. Die Gegner des Fürsten haben mit dem Verstummen des Kriegsfürns wieder die Oberhand gewonnen. Unter diesen Umständen hat der Fürst gewisse Vorkehrungsregeln getroffen. Darauf scheinen die Gerüchte zurückzuführen zu sein. Aus Paris wird gemeldet: Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, hätte der serbische Gesandte vor einigen Tagen dem Minister des Aeußern, Pichon, einen Besuch abgestattet und darauf bestanden, daß Serbien auf seiner Forderung einer Kompensation für die Abtretung eines Streifens bosnischen und herzegowinischen Landes beharre. Minister Pichon gab darauf erwidert, daß ein solcher Anspruch nicht gerechtfertigt sei, der Oesterreich-Ungarn nur reisen könne und daß er Serbien nur raten könne, auf seine Präntation zu verzichten, um rascher zu einer friedlichen Verständigung mit Oesterreich zu gelangen.

○ **Der Stand der serbischen Kabinettskrise ist unverändert.** Das neue Kabinetts löst auf große Schwierigkeiten. König Peter konterte gestern mit Protitsch und Stojanowitsch. Der erstere dürfte Kabinettschef werden.

Türkei.

○ **Die Verständigung mit Oesterreich.** „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Der Ministerat verhafte gestern den Wortlaut der Abmachungen mit Oesterreich über die Entschädigungssumme und die übrigen wirtschaftlichen Zugeständnisse. Das Abkommen ist noch gestern abend dem Oesterreichischen Botschafter zugestellt worden. — „La Turquie“ meldet, daß der Deputierte von Lesbos eine Interpellation bezüglich der Abtretung Bosniens gegen eine Geldentschädigung einbringen werde. Diese Interpellation erscheint nicht unmöglich, da die serbischen Deputierten hierfür agitiert haben. — Aus Uesfch wird gemeldet: Die Griechen und Bulgaren sind aus dem Boykottkomitee ausgetreten. Die Türken und Albanen halten die Sperre aufrecht.

Frankreich.

○ **Die Zustände in der französischen Marine haben in letzter Zeit wiederholt eine grelle Beleuchtung erfahren und machen nun auch den Franzosen große Sorgen.** Der Marineminister hat seine Ohnmacht eingesehen, eine durchgreifende Verbesserung herbeizuführen. Am nun aber den Einbruch nicht gar so leicht erscheinen zu lassen, versucht er, mit Hilfe neuer Geldmittel eine Reform einzuleiten. Der „Mappell“ schreibt über die von dem Marineminister Picard geplanten Kreditforderungen, die auf 800 Millionen geschätzt werden: Der Marineminister werde von der Kammer keine einzige dieser Kreditforderungen erlangen, solange er nicht den unwiderleglichen Nachweis erbringe, daß die Verschwendung in der Marineverwaltung aufgehört habe und die Marinelieferanten reine Hände haben. Vielleicht sollen die Kreditforderungen dem amtsmüden Minister die Wahn aus seinem Amte, dem er nicht mehr gewachsen sei, freimachen. Eine kurze Herrlichkeit. Erst vor wenigen Monaten hat Picard das Marineministerium übernommen.

○ **Zu Zeiten der Depression.** Im Jahre 1908 betrug der Wert der Einfuhr 6 090 842 000 gegen 6 622 957 000 Franken im Jahre 1907. Der Wert der Ausfuhr betrug 5 271 954 000 gegen 5 596 108 000.

○ **Anklagen gegen Clemenceau.** Der Ministerpräsident Combes hat in seinem Bestreben, Clemenceau

zu kürzen, einen neuen Giftbeil gegen ihn geschleudert. Im „Mappell“ wird Clemenceau beschuldigt, er habe bei der russischen Anleihe sich bestechen lassen. 7 Millionen seien jenen zugefallen, welche die Anleihe begünstigten, und Clemenceau wisse ebenfalls davon.

Russland.

○ **Eine Standalgeschichte aus dem revolutionären Russland** macht jetzt die Runde. Als Spion der Polizei ist, wie aus Paris gemeldet wird, kürzlich einer der bekanntesten Führer der sozialrevolutionären Partei Russlands, Eugen Philipowitsch Azen, entlarvt worden. Er habe von der russischen politischen Polizei einen Jahresgehalt von 14 000 Rubeln bezogen und gleichzeitig in Revolution gemacht. Um den Folgen dieser Entdeckung zu entgehen, ist Azen geflüchtet. Er soll an den Altentaten auf den Grobfürsten Sergius, auf Plehwe und Bogdanowich, den Gouverneur von Ista, mitgewirkt und sie vorbereitet haben. Ganz unwahrscheinlich klingt die Nachricht, die Polizei hätte Azen die Ermächtigung zu allen Altentaten gegeben, die er begehen wolle. Ausgenommen seien dabei bloß der Jar, dessen Familie und die Minister in Petersburg gewesen. Es heißt, daß die Tätigkeit dieses Mannes in der Duma zur Sprache kommen und sensationelle Enthüllungen mit sich bringen werde.

England.

○ **Englische Seerespläne.** Der Unterstaatssekretär des Krieges Lucas jagte in einer Ansprache an eine Anzahl Offiziere, die an der Unterberit in Belfast ausgebildet werden, die vorgenommenen Reformen der Seeresorganisation gestalteten es heute, eine größere Expeditionsmacht ins Ausland zu senden, als je zuvor. Es könnten jetzt 100 000 Mann mit einem Male ausgehoben werden, aber das Problem, mit dem man sich zu befassen habe, sei, wie man dieses Expeditionskorps während der Dauer eines längeren Feldzuges auf seiner Stärke erhalten könne. Im Falle eines größeren Krieges mit einer abilitierten Macht sei es möglich, daß 100 000 Mann und 5000 Offiziere nötig seien, um die reguläre Armee während Monaten auf ihrer Stärke zu erhalten. Er streute sich, sagen zu können, daß man hauptsächlich infolge der Einrichtung einer Spezial-Flotte, die erforderlichen Mannschaften zur Verfügung haben werde, nicht allerdings die Offiziere, die vielleicht noch wichtiger seien.

Afrika.

○ **Die Antwort Mulye Sabis.** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Tanger: Mulye Sabis hat dem Doyen des diplomatischen Korps auf die Mitteilung von seiner Anerkennung geantwortet und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die guten Beziehungen zu den Mächten im Interesse des Friedens und des Fortschritts Marokkos erhalten bleiben mögen.

○ **Die angebliche Beschießung eines deutschen Dampfers** durch ein Kriegsschiff der Negerrepublik Liberia soll eine Falschmeldung sein. Die Wörmannlinie teilt hierzu mit, von einer Beschießung der Dampfer könne keine Rede sein. Die Dampfer seien nur angehalten und durch einige Stunden Aufenthalt belästigt worden. Die Wörmannlinie hat sich bereits mit einer Beschwerde an das Auswärtige Amt gewendet. Einer der aufgeschalteten Dampfer ist übrigens bereits in Hamburg eingetroffen.

Baden.

Karlsruhe, 19. Januar 1909

○ **Was in Vörsch-Land zu erwarten steht.** Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ hat in eben diesem Blatte die Meinung vertreten, eine „Koalition“ des Bundes der Landwirte und des Zentrums werde in Vörsch-Land über Ostfriesland liegen. Er hat sich dann beiläufig selbst zu berichtigen, indem er dem Blatte schrieb:

„Die Vermutung, daß durch das gesonderte Vorgehen von Nationalliberalen und Freisinnigen in Vörsch-Land dieser Wahlkreis nun mit Hilfe des Zentrums etwa dem Zentrum zugewandelt werden könnte, wird aus freisinniger Seite für ziemlich ausgeschlossen bezeichnet, da das Zentrum bei der letzten Landtagswahl nur etwa 600 Stimmen aufgebracht hat und der Bundesbund in diesem Wahlkreis absolut nicht organisiert ist, auch Sympathien nur in einigen, rein landwirtschaftlichen Orten besitzt, die nicht groß ins Gewicht fallen. Eine vom Zentrum unterstützte Landtagskandidatur dürfte es daher kaum über 1000 Stimmen bringen, das heißt auf ebenso viel Stimmen, wie die freisinnige Kandidatur für sich allein sicher erwarten darf. Eine etwa ebenso große Stimmenzahl wird auch der Sozialdemokrat erhalten, während der Nationalliberale keinesfalls auf mehr als 12—1500 Stimmen kommt. Somit wird eine Stichwahl entscheiden müssen, deren Ausgang wesentlich von der Haltung der Sozialdemokraten, vielleicht auch des Zentrums, abhängt.“

Der allerletzte Satz, welcher besagt, daß es sehr wahrscheinlich zu einer Stichwahl kommen werde, in welcher die Sozialdemokratie die Entscheidung in der Hand haben wird, dürfte das Richtige getroffen haben. Die angeführten Berechnungen werden aber kaum stimmen. Die Wahlziffern von 1905 bieten einen einigermaßen sicheren Maßstab nicht.

Die Beteiligung war damals gering — nur 63,8 Prozent betragend. Wenn Nationalliberale mit der Kandidatur Ostfrieser und Freisinnige sich gegenübersehen, wird sie zweifellos bedeutend stärker werden. Auch wenn die Zahl der Wahlberechtigten nicht größer würde als sie 1905 war (6848), dürfte oder müßte man wohl damit rechnen, daß 5000 (rund 85 Proz.) abgegebene Stimmen zur Vereinfachung kämen statt nur 4000. Das Zentrum hat nicht bei der Landtagswahl etwa 600 Stimmen erhalten, sondern bei der Reichstagswahl von 1903. Daß es namhaft mehr erhalten kann, steht außer Zweifel. Wenn man die Zahl der Wahlberechtigten von 1905 auch für 1909 zugrunde legt, so mögen unter 6850 Wahlberechtigten rund 1700 katholischer Konfession sich finden. Einige Prozente davon können von vornherein nicht für das Zentrum in Betracht kommen, weil sie im vollsten Sinne des Wortes in der Diaspora sind. Dieses Moment mit in Betracht gezogen, wird man mit höchstens 1500 Wahlberechtigten katholischer Konfession rechnen können. Bei einer Beteiligung von 80 bis 90 Prozent würden sich 1200 bis 1350 abgegebene Stimmen katholischer Wähler ergeben. Wie viele davon etwa für das Zentrum gewonnen werden könnten, mag hier unerörtert bleiben.

Die Sozialdemokratie hat es auf nicht ganz ein Viertel der abgegebenen Stimmen gebracht. Niemand wird in diesem Stadium mit einiger Sicherheit sagen können, ob eine Zunahme oder Abnahme ihrer Stimmen zu erwarten steht. Bei einer Beteiligung von 80 bis 90 Prozent und 6850 Wahlberechtigten hätte man mit 4680 bis 5270 abgegebenen Stimmen zu rechnen. Rechnet man für die Sozialdemokratie auf ein Viertel, so ergeben sich 1170 bis 1320. Ob man so rechnen kann, steht dahin.

Der Bund der Landwirte rekrutiert sich aus bisherigen Anhängern des Liberalismus. Wenn er seine Fahne aufpflanzt, so wird er beiden Flügeln des gesamtliberalen Lagers Abbruch tun, den Nationalliberalen und den Freisinnigen. Wer will nun aber sagen, wie groß etwa die Verluste an eine handliche gesamtliberale Lager, so wären 2750 bis 3000 unter Nationalliberale, Freisinnige und Bund der Landwirte zu teilen. Bei der Teilung durch die Wähler werden nun aber einige Faktoren eine Rolle spielen, deren Einfluß nicht berechnet werden kann, am allerwenigsten schon jetzt in diesem Stadium.

Vor allem ist es die Personenfrage. Wenn es den Freisinnigen gelingt, einen allgemein bekannten und populären Persönlichkeit aus dem Bezirk selbst für die Uebernahme der Kandidatur zu gewinnen, so werden sie damit einen bedeutenden Vorsprung vor den Nationalliberalen haben. Nachdem diese die Tochter begangen haben, in Trüben—Willingen—Wolfsch die weite Entfernung des Wohnortes des bisherigen Abgeordneten Wenner als Grund geltend zu machen, ihn gegen seinen Willen rückwärts fallen zu lassen, werden die Freisinnigen um so erfolgreicher die noch weitere Entfernung zwischen Mannheim und Vörsch hervorheben können. Auch für den Bund der Landwirte wird dieses Moment von großer Bedeutung sein.

Ein zweiter Faktor ist die Stimmung im Wählerpublikum, welche die mehrmonatliche Streiterei zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen mit ihren nicht weniger als erbaulichen Einzelheiten hervorgehoben hat. Wir vom Zentrum haben wahrlich keinen Grund, uns für die Freisinnigen überhaupt oder für die Vörscher speziell zu erwärmen. Allein solches kommt hier gar nicht in Betracht, wenn man auf den Freisinn auch noch so schlecht zu sprechen ist und von dessen Hauptvertretern noch so sehr sich abgestoßen fühlt, so muß bei objektiver Beurteilung und Würdigung der Vorgänge in der Zeit vom 1. November 1908 bis 10. Januar 1909 doch Enttäuschung einen erfüllen über das Verhalten der Nationalliberalen gegenüber den Freisinnigen. Man braucht gar nicht zu den Beteiligten zu gehören. Wie erft wird es bei denen sein, welche den Dingen in Vörsch-Land nahe stehen und an denselben beteiligt sind? Es ist gar nicht zu ermesen, welche Schädigungen moralischer Art aus der Streiterei um Vörsch-Land für die nationalliberale Partei erwachsen sind. Von der sehr erklärlichen und nur zu sehr begründeten Zustimmung über den wundenlangenen halsfähigen Streit wird eine etwaige Kandidatur des Bundes der Landwirte sicher großen Vorteil ziehen, wenn die Agitation einermassen mit Geißel einsetzt.

Ein dritter Faktor ist die Voreingenommenheit und der Haß gegen das Zentrum.

Der Appell an diese dunklen Mächte politischer Rücksichtslosigkeit und Unmoral wird sicher eine Hauptrolle in der Agitation spielen. Eine etwaige Kandidatur des Bundes der Landwirte wird schwer darunter zu leiden haben, wenn es auch gar nicht zu einer Unterstüßung derselben seitens des Zentrums kommt. Den Vorteil von solcher Benachteiligung einer etwaigen hündlerischen Kandidatur werden Nationalliberale und Freisinnige haben.

Diese dunklen Mächte politischer Rücksichtslosigkeit und Unmoral, Voreingenommenheit und Haß gegen das Zentrum, werden sich aber ganz besonders als höchst wichtige Bundesgenossen der Kandidatur Ostfrieser erweisen. Man wird den Führer der Nationalliberalen als den Gelden und Mätyrer hinstellen, der, verfolgt vom Haß des Zentrums, mutig und entschlossen alles daran setzt, um das badiische Volk vor der großen Gefahr einer Zentrumsherrschaft zu befreien. Man wird nicht müde werden, den Wählern auseinanderzusetzen, welche großen Dienst sie dem Zentrum erweisen würden, wenn sie gegen Ostfrieser stimmen wollten. Am Erfolg solcher Wachsenhaftigkeit ist nicht zu zweifeln; nur das kann fraglich sein, welchen Umfang der Erfolg annehmen wird.

Unter solchen Umständen ist es sehr schwer, ja einfach unmöglich, mit einiger Sicherheit zu sagen, wie die 2700 bis 3000 Stimmen, die der gesamte ungetriebene Liberalismus vermutlich zu erhoffen haben wird (1905 waren es nur 2560), auf Nationalliberale, Freisinnige und Bund der Landwirte sich verteilen werden.

In übrigen glauben wir unsere einseitige Meinung dahin aussprechen zu sollen:

Die Sozialdemokratie wird es in der Hand haben, entweder die Kandidatur Ostfrieser zum Siege zu führen oder die des freisinnigen Kandidaten.

In der Meinung, damit dem Zentrum einen schweren Schlag verfehen zu können, wird sie Ostfrieser zum Siege verheßen.

○ **Ein „Kulturdocument“ der Sozialdemokratie.** Die sozialdemokratische Presse hat eine wichtige Entdeckung gemacht. Sie hat „ein denkwürdiges Kulturdocument“ aufgefunden, aus welchem zu ersehen ist, „wie die Liberalen ihre Macht über die Schule mißbrauchen“ und wie schrecklich die „Geistesfurcht“ ist, „in der die Kuttentanner das Volk zu halten suchen“. In Maßstabung ist dieses „Kulturdocument“ aufgefunden worden, niedergelegt in den „Disziplinaraufträgen der Mädchenfortbildungsschule“ d. h. d. h. d. h.

In der „Volksstimme“ Nr. 15 ist es mitgeteilt. Dasselbe enthält mehrere Abschnitte:

1. Die Fortbildungsschülerinnen sind gehalten, ihren religiösen Pflichten (Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes, Empfang der hl. Sakramente

u. s. w.) gewissenhaft nachzukommen und zwar nach den Anordnungen der kirchlichen Behörden.

Das ist das erste, was die sozialdemokratische Presse zu beanstanden hat und an den Pranger zu stellen sucht.

Sie will also von „religiösen Pflichten“ nichts wissen. Die Festhaltung und Betonung derselben ist in ihren Augen ein „Mißbrauch der Macht über die Schule“ und „Geistesfurcht“.

Wer diese Sprache führt, der redet einer Gottlosigkeit das Wort, welche noch tiefer steht, als das Heidentum.

2. Schulpflichtige, welche durch Neben oder Vandalen eine irreligiöse oder unläutere Gesinnung fundgeben, haben die strengsten Schulstrafen zu gewärtigen.“

Das ist das zweite, was die sozialdemokratische Presse an den Pranger zu stellen sucht. Ob es der Wortlaut dessen ist, was die „Disziplinaraufträge“ befehlen, ist aus dem Artikel nicht zu ersehen. Das aber ist klar, daß gesagt werden will: Wer durch Neben oder Vandalen gegen Religion und Sittsamkeit sich verhält und andern Mergernis und Gefahr bereitet, hat die strengsten Schulstrafen zu gewärtigen. Der Schluß der gläubigen Frömmigkeit und Sittsamkeit der Jugend ist also in den Augen dieser sozialdemokratischen Wähler ein „Mißbrauch der Macht über die Schule“ und „Geistesfurcht“.

Wer diese Sprache führt, der redet der religiösen und sittlichen Bevölkerung das Wort.

3. Den Schulpflichtigen ist es verboten, Bücher aus Bibliotheken zu entnehmen oder solche zu lesen.“

Hier ist offenbar das Wichtigste unterstrichen. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Bücher näher charakterisiert sind als Bücher, welche für Religion und Sittlichkeit gefährlich sind.

Das ist das dritte, was die sozialdemokratische Presse an den Pranger zu stellen sucht. Für sie ist es „Mißbrauch der Macht über die Schule“ und „Geistesfurcht“, wenn man die Jugend vor den Gefahren irreligiöser und unsittlicher Lektüre zu bewahren sucht.

Wer auf diesen Standpunkt sich stellt und ihn öffentlich vertritt, der leistet der Gottlosigkeit und Unsittlichkeit Anwaltsdienste.

4. Der Umgang mit Personen, welche Religion oder Sittlichkeit in Gefahr bringen oder sonst von verderblichem Einflusse auf die Jugend sind, ist verboten.“

Das ist das vierte, was die sozialdemokratische Presse an den Pranger zu stellen sucht.

Sie vertritt damit den Standpunkt, daß man die Jugend nicht hindern dürfe, wenn sie selber sich in Gefahren für ihren Glauben und ihre Tugend stürzt, und daß man keine Vorkehrungen zu ihrem Schutze treffen darf, wenn in Weltall gefährlicher Kameradschaft solche Gefahren von außen sich an sie herandrängen.

Wer aber auf diesen Standpunkt sich stellt, der leistet der Verführung der Jugend zur Freireligiosität und Sittlosigkeit Vorschub. Er ist unter die Jugendverderber einzureihen und unter Umständen als schlimmer und gefährlicher zu bezeichnen, als jene unheimlichen jungen Leute, welche selber auf schlimmsten Abwegen wandeln und andere Altersgenossen auf die gleichen Abwege zerrren.

Religiosität und Tugendhaftigkeit sind für die Jugend von höchstem Wert und großer Bedeutung. Sie sind es für alle Menschen in jeglichem Alter, für die Jugend aber ganz besonders. Diese geistigen Güter, deren Verlust nichts anderes ersehen kann, stehen in unmissigem Zusammenhang mit einander und stützen sich gegenseitig. Die christliche Tugendhaftigkeit ist zugleich der sicherste und zuverlässigste Halt der rein menschlichen Tugend. Wo die erstere verloren geht, da ist auch die letztere sofort in Frage gestellt und droht totale Vernichtung und Sittenverderbnis in jeglicher Beziehung. Man braucht nicht auf dem Standpunkt des gläubigen Christen zu stehen, um der Ueberzeugung zu sein und Ausdruck zu geben, daß religiöse Vernichtung und Sittenverderbnis das Gegenteil von Kultur überhaupt ist, nicht bloß das Gegenteil von christlicher Kultur.

Indirekte und auch ganz direkte Förderung dieses Gegenteils von Kultur ist die naturnotwendige Wirkung eines Standpunktes, wie ihn noch den vorstehenden Feststellungen die sozialdemokratische Presse vertritt.

„Ein kräftiges Wort.“

Unter dieser Ueberschrift kommt der „Volksfreund“ auf einen Artikel des „Bad. Landesboten“ zu sprechen, in welchem der „Bad. Landeszeitung“ der Kimmel gerieben wird. Wir kommen auf diesen noch zurück. Der „Volksfreund“ (17. Januar) schreibt zu demselben:

„Ein kräftiges Wort richtet der „Badiische Landesbote“ gegen die „Badiische Landeszeitung“, die wegen der Gemeinderat Berathung eierichtig geworden ist und den Demokraten dafür entgegenhält, sie sollten, anstatt in nationalliberale Jagdbünde einzubringen, in den von ihnen bisher vertretenen Wahlkreisen Vörsch-Land und Schwiegingen agitierten, da es dort bedenklich ansehe. Der „Landesbote“ antwortet dem mit der Behauptung, daß die „Bad. Landeszeitung“ — falls man eine Umfrage halte, welches badiische Blatt den Preis der politischen Teilnahmigkeit verdiente — mit ständiger Sicherheit den Preis erhalten werde. Wir stimmen darin dem demokratischen Parteigenossen zu, als es die „Bad. Landeszeitung“ seit Monaten tut. Sie folgt darin allerdings dem Vorbild des neuen Parteichefs der Nationalliberalen, der tollpatschig in alle ihm von Wasser und der Zentrumspresse geleiteten Felsen hineinget. Das Lobworte im Wladlager könnte Mühe erregen, wenn es nicht so komisch wäre.

Etade nur, daß die Sozialdemokratie ebenfalls zu den Leitenden gehört, wenn es im Wladlager so „komisch“ zugeht.

○ **Etwas über die Deutsche Vereinigung.** Ein Kaufmann schreibt uns: Die Deutsche Vereinigung agitiert zur Zeit mit Hochdruck. Die Weichhamsnummer ihrer „Deutschen Wacht“ sandte sie wieder an viele Beamte und Studentenadressen. Besonders auf Lehrer, aktive und ehemalige, hat sie es abgesehen. Am Anfang und am Ende bringt die betr. Nummer je einen religiösen Artikel, an dem absolut nichts anzusetzen ist. Es ist das eine fein berechnete Taktik, wozu besonders Rathpolken getrieben werden sollen. Oberflächlich betrachtet, bietet sich das Ganze überhaupt sehr gefällig. Bei näherem Zusehen aber sieht man auf einen großen Widerspruch. In einem Artikel steht ausdrücklich, daß, wer der Deutschen Vereinigung als Mitglied beitrifft, sich durchaus nicht von seiner bisherigen Partei loslösen muß, sondern ruhig weiter bei derselben

